

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1916

140 (21.5.1916) Erstes und Zweites Blatt

Bezugspreis:
in Karlsruhe frei ins
Haus geliefert viertel-
jährlich 2,40 M., an den Ausgabestellen
abgeholt monatlich
65 Pfennig. Auswärts
durch die Post frei ins
Haus gebracht viertel-
jährlich 2,72 M., an den Ausgabestellen
abgeholt 2,30 M.,
einzelnummern 10 Pfennig.
Redaktion und Expedition:
Mitterstraße Nr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Mit amtlichem Verkündigungsblatt. — Badische Morgenzeitung.

Anzeigen
die einseitige Kolonelle
oder deren Raum 20 Pfennig.
Reklamezeile 50 Pfennig.
Abonnent nach Tarif.
Anzeigenannahme:
größere spätestens bis 12 Uhr
mittags, kleinere spätestens
bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechanschlüsse:
Expedition Nr. 203.
Redaktion Nr. 894.

113. Jahrg. Nr. 140.

Sonntag, den 21. Mai 1916

Erstes Blatt.

Gesamtabdruck: Gustav Nepper; verantwortlich für Baden, Württemberg und Elsaß: Heinrich Gerhardt; für Sport und Vermischtes: F. V.: Heinrich Gerhardt; für Anzeigen: Paul Kuhnmann. Druck und Verlag: C. F. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Tel. Amt Umland 2902. — Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Niedersendung erfolgt, wenn Porto beigelegt ist.

Antwort an Grey & Co.

Vor einigen Tagen haben die Herren Grey und Poincaré, der eine ein starrköpfiger, ungebildeter englischer Junker, der niemals über Englands Grenzen hinaussehen gelernt hat, der andere ein dummläuger Adokat aus einem kleinen lothringischen Nest, dessen Aufstieg zum höchsten Amt der französischen Politik ein weithin zu beobachtender Beweis für den Bankrott der Republik ist — diese beiden ehrenwerten Herren also haben es für angebracht gehalten, aus ihrem Herzen keine Mordgrube zu machen, sondern der Welt zu verkünden, wie sie mit Deutschland umzugehen gedenken.

Dass beide nicht ohne Not geredet haben, leuchtet ein, bei näherem Zusehen ergibt sich auch die interessante Tatsache, daß beide aus verschiedenen Nöten geredet haben, was immerhin ein Schlaglicht auf die angebliche Einigkeit der Bundesbrüder wirft. Poincaré hat sein Herz gegen lothringische Pfändlinge erleichtert, und zwischen seinen dummen und rohen Redensarten scheint die schlotternde Klinge hervor vor der Abrechnung, die ihm und seinem Gefinnungsgeliebten von dem betrogenen französischen Volk droht. Wie ein Feigling, der sich selbst Mühe einredet will durch kluge Redensarten, schmeißt er mit den längst rostig gewordenen Phrasen um sich, daß Deutschland um Frieden bitten müsse, Frankreich aber den Frieden diktieren werde und daß „selbstverständlich“ Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückfallen müsse.

Da ist Herr Grey ein anderer Mann. Er hat längst eingesehen, daß das einseitige Kriegsziel, die Verschmäherung Deutschlands, nur noch eine hohle Phrase ohne den geringsten Inhalt ist. Mit dem Schachspiel des Händlers, der dem englischen Junker eignet, schimpft er zwar auch in ordinären Ausdrücken, um dem andern, d. h. Deutschland, seine Sache möglichst zu verfeindeln, aber er wirft doch ein Angebot hin, um das der Schacher trotz Geschimpfe weiter gehen kann. Daneben redet er, wie ein echter rechter Schlaumeier, nach dem Munde der heranstehenden Zuhörer, die an dem Handel mehr oder weniger interessiert sind. Er sagt zum Amerikaner: Ich bin nicht schuld, daß wir nicht schon lange ausgehandelt haben, sondern das hochbeinige Deutschland, das absolut meine beglücktesten Pfändlinge nicht verstehen will, denn er hat Angst, daß bei dem Amerikaner doch einmal die Stimmung zu seinen Ungunsten umschlagen könnte. Und er läßt immerfort die Neutralen ein, doch ein bißchen mitzuschauern und ihm Vorschläge zu machen, um mit dem unangenehmen Handel zu Ende zu kommen.

Denn auch Herrn Grey fängt es an, in seiner Gottähnlichkeit bange zu werden. Er sieht einen „Schrecken ohne Ende“ vor sich, so gut wie Herr Poincaré ein „Ende mit Schrecken“. Mit diesen beiden Worten ist — nebenbei gesagt — der Unterschied zwischen den Reden der beiden Ententehauptlinge umschrieben. Was am meisten in der Rede Greys auffällt, ist, daß der starre, trockene englische Junker, der überlieferte politische Maximen wie Regeln aus einem veralteten Rechenbuch anwendet und sich nicht darum kümmert, daß die Welt längst andere Methoden gefunden hat, plötzlich anfangt zu philosophieren und in milden Tönen zu sprechen. Der Bericht des Wölffischen Telegraphenbüros über Greys Rede hat uns ja diesen Teil vorhalten — in augenscheinlich unrichtiger Bewertung desselben. Es liegt uns auch nichts daran, ihn etwa hier nachzuholen, sondern es genügt uns festzustellen, daß Herr Grey philosophiert und gesäuelt hat, denn wir erkennen darin den Beginn einer nachdenklichen Stimmung, und das ist nach unserer Meinung bei einem Mann, der in seinem Leben vielleicht noch nie gedacht, sondern immer nur geredet hat, der an der Stelle, an der andere ihre Gedanken haben, nur einen Registrierapparat überlegter Maximen sitzen hat, die automatisch an die Oberfläche kommen, sobald auf den Knopf gedrückt wird — für einen solchen Mann ist das eine Erleuchtung, die auf eine starke innere Erschütterung des veralteten Registrierapparats durch einen die deutschen Errungenschaften mehr berücksichtigenden Blick führt.

Es liegt uns fern, auf diese Beobachtung nun ausschweifende Erwartungen zu gründen, die nur zu Enttäuschungen führen können. Worauf es uns ankommt, ist festzustellen, daß sich bei dem leitenden Geist der englischen Kriegsinteressenten ein Umschwung vorzubereiten, mit der Tendenz, in künftige Rechnungen und Kalkulationen den Posten „Deutschland“ als einen England gleichwertigen einzufügen. Daß dies bald und restlos geschehen, das ist nach wie vor Aufgabe unseres sieghaften Heeres.

Man kann sich nun die Frage vorlegen, warum es bei der unausgesetzt als unüberwindlich sich bewährenden militärischen, finanziellen und wirt-

schäftlichen Kraft Deutschlands und seiner Bundesgenossen so lange gedauert hat, bis in englischen Hirnen eine Reaktion auf diese Tatsache eingetreten ist. Um hier eine Antwort zu finden, muß man einmal versuchen, sich außerhalb der deutschen Denkmuster zu setzen und Deutschland so zu sehen, wie es unsere Feinde seit fünfundsiebzig Jahren, d. h. seit dem Abgang Bismarcks, gesehen haben. Dem Engländer ist die Regierung der Spiegel des Volkes, ein starkes Volk kann nach seiner überlieferten Anschauung nur eine starke Regierung haben,

die allen Betätigungswünschen und -Notwendigkeiten nach außen freie Bahn schafft. Messen wir nun die Arbeit unserer auswärtigen Politik und die Leistungen unserer Diplomatie in der vergangenen Entwicklungsperiode nach diesem Maßstab, so können wir wohl verstehen, wie der Engländer zu der Meinung und Ueberzeugung kommen konnte, daß Deutschland ein schwacher Staat sei, der trotz seiner glänzenden und den englischen Neid hervorruhenden wirtschaftlichen Erfolge und trotz seines Volkshheeres und seiner gebietenden Seestreitmacht innere

Volkskraft und den festen Willen, die völkische Eigenart durchzusetzen, nicht in dem Maße besitze wie England, das bereits drei Viertel der Welt dem Engländer unterworfen hatte. Daß das deutsche Volk es sich leisten konnte, gleich einem Riesen, eine dem englischen Denken schwach erscheinende auswärtige Politik zu machen und dabei doch stark zu sein, zehnmal stärker in seinem tiefen philosophischen Verständnis für alle Eigenarten auf der ganzen Welt als der nüchterne und geistig arme Engländer — das begriff man jenseits des Kanals nicht, und darum dachten es sich die Grey und ihre Trabanten leicht, nachdem das Werk der Einkreisungspolitik vollendet war, Deutschlands militärische und wirtschaftliche Kraft zu zerquetschern.

Der große Fehler, den Grey jetzt einzusehen beginnt, war, daß er nicht erkannte, daß das deutsche Volk, was auch die Meinung seiner Führer sein mochte, sich in diesen 25 Jahren innerlich stark machte, daß es die völkischen, technischen und wirtschaftlichen Kräfte gewann, die es ihm im Augenblick der Prüfung erlaubten, seine Ueberlegenheit vor aller Welt darzutun. Grey muß heute erkennen, daß die englische Regierung, die er in dem unwissenden Hochmut des englischen Landjunkers für die stärkste der Welt hielt, tatsächlich nur ein Popanz war, der auf einem schlummernden Vulkan thronete und der jetzt, wo das englische Volk aus der künstlichen Erstarrung in dem ammaßenen Hochmut, der Herrscher der Welt zu sein, erwacht und zu der Erkenntnis seiner sozialen und technischen Rückständigkeit kommt, jeden Augenblick in den gärenden Abgrund gerissen werden kann.

Gibt es doch englische Sozialpolitiker, die sich heute über die Gefahr, daß England nach dem Krieg in eine soziale Revolution gestürzt werden könnte, keiner Täuschung hingeben. Dagegen betrachten wir unser deutsches Volk, das fleißig und geduldig und mit einem schalkhaften Lächeln im Schweißgebäderten Antlitz den starken Turm gemauert hat, auf den es jetzt mit Ruhe und Festigkeit seine Führer stellt und zu ihnen spricht: Die Zeit ist da, verlangt unser Recht in der Welt! In seiner kraftvollen Rede hat Herr v. Bethmann-Hollweg, der Kanzler des Deutschen Reiches, unseren Feinden gesagt, daß das deutsche Volk auch heute, mit der siegreichen Waffe in der Hand, noch das selbe friedfertige ist wie einst, als unsere Feinde über seine auswärtige Politik spotteten und es ihrerwegen schwach glaubten. Er hat aber auch die Bedingungen genannt, ohne deren Erfüllung es das einmal ergriffene Schwert nicht wieder aus der Hand legt und zu Pfug und Amboss zurückkehrt. Und da können wir es wohl begreifen, daß Herr Grey philosophische Umwandlungen bekommt und Herr Poincaré schimpft wie ein Ahrimanes.

Daß die auswärtige Politik des Deutschen Reiches, nachdem das Volk sich so stark gemacht, unseren Feinden noch einmal schwach erscheinen werde, das brauchen wir heute, nachdem der Kanzler gesprochen, nicht mehr zu fürchten; für unsere auf die Kraft des unbeflegbaren Volkes gestützte Diplomatie ist jetzt der Augenblick gekommen, den Anschauungsumschwung unserer Feinde mit Nachdruck zu fördern, damit sie erkennen, daß die deutsche Diplomatie sich eins weiß in ihren Zielen mit denen des Volkes, das mit seinem Blut die Feindeserde färbt.

Zugleich aber auch kann das Volk als Ganzes nicht mehr darüber im Zweifel sein, daß jetzt die Zeit gekommen ist, wo es mehr als früher in der auswärtigen Politik mitreden muß, damit die Geltung des einzelnen Volksgenossen größer werde bei fremden Völkern. Denn wenn schon der englische Hochmut, auf den sich sein bisheriges Ansehen in der Welt gründete, sich als splinterndes Glas erwiesen hat, so war doch der Kern, aus dem er erwuchs, ursprünglich ein gesunder.

Mit dem Gefühl größter persönlicher Wichtigkeit für das Ganze verband sich der Besitz größter persönlicher Freiheit des Einzelnen, was zusammen mit der Gewißheit, daß nie und nirgends in der Welt die heimische Regierung den geringsten Engländer im Stiche lasse, allen Völkern eine unbegrenzte Hochachtung vor englischem Wesen beibrachte. Daß deutsches Wesen in Zukunft das gleiche und größere Ansehen genieße, das soll auch eine Frucht dieses Krieges sein, damit wir in Zukunft nicht mehr der Kulturdünger für fremde Völker zu sein brauchen, sondern damit wir für alle Zeit im Ausland unser deutsches Wesen als das Höchste hochhalten und bewahren.

Die Bestimmung der Schritte und Maßnahmen, welche die Geltung des Volkes im Rate der Völker bezwecken, ist das Wichtigste für eine Nation. Es kann darum auch nicht angehen, daß sie einzelnen Schichten überlassen bleibt, ohne daß Erscheinungen gezeitigt werden wie die, welche die Engländer zu der falschen Vorstellung von der Schwäche Deutschlands verführt haben. Sich tüchtig machen zur Arbeit und zum Verdienen, zu höchster Leistung auf allen Gebieten ist nur die Voraussetzung für diese

Aus dem Reichstag.

Die gestrige Sitzung.

5. Aus Berlin wird uns gedruckt:
Im Plenum des Reichstags wird der Etat des Staatssekretärs des Innern, der zurzeit, wie der Abg. Mumm scherhaft bemerkt, gar nicht existiert, weiter erörtert. Dabei sind aber heute selbst die Tribünen nur sehr spärlich besetzt. Alle Parteireder treten in Einzelreden für soziales Entgegenkommen gegen die Kriegsberufenen von draußen und drinnen ein, und alle Parteien verlangen nachdrückliche Förderung unserer wirtschaftlichen Faktoren. Es wird dann noch über den Sparzwang der Jugendlichen, von dem die Sozialdemokraten nichts wissen wollen, und über das Nachbathverbot, dem sie eine seltsam hohe Bedeutung beimessen, gesprochen. Der Abg. Vajsermann spricht über die mit im Vordergrund des Interesses stehende Bevölkerungs- und Sexualpolitik, für deren Behandlung er die Einsetzung einer besonderen Kommission vorschlägt. Dankenswert ist, daß er über allen nötigen hygienischen und pädagogischen Maßnahmen nicht das eben auch hier sehr wesentliche wirtschaftliche Moment übergeht. So tritt er bei der Regulierung der Beamtengehälter, abgesehen von einer Berücksichtigung der Kinderzahl etwa in dem Wohnungsgeldzuschuß, für grundsätzliche höhere Anfangsgehälter ein.

Später bringt der Sozialdemokrat Stücken noch einen lebhafteren Ton in die Debatte, als er u. a. die hohen Gehälter und Zulagen der Oberbeamten in den von uns besetzten feindlichen Gebieten kritisiert. Ministerialdirektor Dr. Lewald erklärt dem Reichstag in diesem Punkte nicht für zuständig, da jene Gehälter von dem okkupierten Land selbst bezahlt würden. Im übrigen betont er scharf, daß fast alle deutschen Beamten in jenen Gebieten doch nicht nur mit hohen Preisen zu rechnen, sondern auch zwei getrennte Haushalte zu führen haben, wobei ihm die sachverständigen Mitglieder des Hauses, wie der Fortschrittler Dr. Haas (Karlsruhe) recht geben. Nach einem weiteren Hin und Her über diesen Punkt, der ja wohl später noch einmal besprochen werden wird, verläßt man sich auf Montag.

Das Steuerkompromiß.

5. Aus Berlin wird uns gedruckt:
Auch heute wurde an der Redaktion des Steuerkompromißes in den Reichstagsfraktionen noch eifrig die letzte Hand angelegt. Die Veröffentlichung des Wölffischen Büros ist, wie man jetzt weiß, nicht nur voreilig, sondern auch ungenau. Inzwischen erfährt dieses künftliche Steuerbulet schon recht scharfe Kritik, z. B. im „Berl. Tagbl.“ und in der „Voss. Ztg.“. Man wird sich aber doch mit ihm abfinden müssen, und das in Kriegsnot geborene Provisorium wird ja lange genug dauern, um reichliche Möglichkeiten zur gründlichsten Vorbereitung der künftigen großen Reichsfinanzreform zu geben.

In der „Voss. Ztg.“ schreibt Georg Bernhard über das Steuerkompromiß u. a.: Wir stehen unverändert auf dem Standpunkt, daß im Krieg die Schaffung neuer Steuern durchaus nicht nötig ist, und halten es heute ebenso wie früher mindestens für kein Zeichen von Schwäche, wenn man selbst für den Zinsdienst bis zur Beendigung des Krieges sich mit Anleihen behilft. Je weniger man jetzt ändert, desto radikaler kann man nachher reformieren. In der Finanzierung von Dauerzuständen kann man gar nicht solid genug sein, dagegen darf man sich nicht scheuen, in vorübergehenden außerordentlichen Zeitläuften die Regeln ordentlicher Finanzwirtschaft außer Kraft zu setzen. Wir hätten es deshalb am liebsten gesehen, wenn das Erträgnis der Kriegsgewinne u. a. u. a. überhaupt erst für das Interregnum verwandt worden wäre, das zwischen Friedensschluß und endgültiger Neuordnung der deutschen Finanzverhältnisse liegen wird. Freilich hätte aus einer ganzen Reihe von Gründen die Erhebung der Kriegsgewinnsteuer nicht bis dahin zurückgehalten werden können; aber der Zeitpunkt der Erhebung einer Steuer braucht ja für den Zeitpunkt ihrer Verrechnung nicht als festzulegen sein. Immerhin ist es aus einer ganzen Reihe von Gründen zu verstehen, daß die Kriegsgewinnsteuer gerade jetzt erhoben und verwandt werden soll. Dagegen sind die übrigen Steuern unnötig; sie stellen eine Fortsetzung des alten Steuerfußes dar.

Erfolgreicher Luftangriff auf die engl. Küste.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 20. Mai. (Amtlich.) In der Nacht vom 19. zum 20. Mai hat ein Marineflugzeuggeschwader von der flandrischen Küste auf die Hafens- und Befestigungsanlagen von Dover, Deal, Ramsgate, Broadstairs und Margate ausgiebig mit Bomben belegt und dabei an zahlreichen Stellen gute Brand- und Sprengwirkung beobachtet. Die Flugzeuge wurden von feindlichen Landbatterien und Bewachungsfahrzeugen heftig beschossen. Sie sind sämtlich unversehrt zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Weitere Fortschritte des österreichisch-ungarischen Vorkrieges in Südtirol.

Bisher 257 Offiziere, über 12 900 Mann gefangen, 107 Geschütze und 68 Maschinengewehre erbeutet.

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 20. Mai. (Amtlich) wird verlautbart vom 20. Mai, mittags:
Russischer und südtiroler Kriegsschauplatz:
Lage unversichert.

Italienischer Kriegsschauplatz:
In der süditalienischen Front werfen unsere Angriffe den Feind weiter zurück. Im Saganatal drangen unsere Truppen in Ronchi (Ronco) ein. Auf dem Armentera-Rücken bemächtigten sie sich des Sasso Alto. Westlich des eroberten Wertes Campanolon sind die Lonzetta-Spitzen, der Passo della Vena und der Monte Melignone in unserer Hand. Hier versuchten die Italiener mit eilenfalls zusammengekauften Kräften einen Gegenangriff, der sofort abgelehnt war. Auch vom Col Santo ist der Feind bereits vertrieben.

Seit Angriffsbeginn nahmen unsere Truppen 257 Offiziere, über 12 900 Mann gefangen, erbeuteten 107 Geschütze, darunter 12 28 Zentimeter-Gaubizen und 68 Maschinengewehre.

Unsere Flieger besetzten die Bahnhöfe von Peri Vicenza, Citta Bella, Castell'Franco, Treviso, Cajara und Cividale sowie die feindlichen Seeflugstationen mit Bomben.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: von Hofer, Feldmarschallentant.

Griechenland und die Entente.

Die serbischen Truppentransporte.

(Eigener Drahtbericht.)

f. Köln, 20. Mai. Nach der „Bl. Ztg.“ schreibt in einem Artikel: „Die Lage in Griechenland“, der Athener Mitarbeiter der „Neuen Züricher Ztg.“ zur Frage der serbischen Truppentransporte u. a.: Die Frage der Beförderung der serbischen Armee, die beiläufig gesagt, auf 125 000 Mann geschätzt wird und 100 Feldgeschütze nach Korfu hat retten können, droht eine fast gefährliche Wendung zu nehmen, da Königin Sultana und Skuludis das Verlangen der serbischen Regierung, den Landweg benutzen zu dürfen, rundweg abgelehnt haben. Skuludis und Gunaris bleiben fest, obwohl die Gefandten von Rußland und Italien wie vorher die von England und Frankreich das serbische Gesuch unterstützten. Das einzige Zugeständnis, zu der sich die griechische Regierung herbeiließ, sei die Einwilligung zur Benutzung des Kanals von Korinth und der Meerenge von Chalkis, um die Angriffsgefahr von seiten der feindlichen U-Boote zu verringern. Bis heute werden ungefähr 20 000 Serben im Lager südlich von Saloniki untergebracht sein.

Amsterdam, 20. Mai. Ein hiesiges Blatt meldet aus London, daß in Saloniki neue Truppen gelandet wurden. (W.B.)

z. Von der schweizerischen Grenze, 20. Mai. Das Große Hauptquartier der griechischen Armee ist nach Schweizer Blättermeldungen seit dem 18. definitiv nach Larissa (Thessalien) verlegt worden. (Zeni. Khe.)

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 10 Seiten und Sonntagsbeilage.

letzte bedeutendste Tätigkeit im Dienst des Staates und der Gesamtheit, die alle anderen erst adelt. Auch hierin das Vollkommenste zu erreichen, muß unsere nächste Aufgabe sein. Englands Vorbild sollte uns da den Weg weisen. Daß die mittelmäßigen Köpfe der englischen Politiker so verhältnismäßig Bedeutendes leisten konnten, das hatte seinen Grund darin, daß seit Jahrhunderten festliegende nationale Richtlinien für ihre Tätigkeit vorhanden waren, die einst größere Gester für ihre Epigonen vorgezeichnet hatten und in denen sie nur konsequent vorwärts zu gehen brauchten. Diese Richtlinien fehlten uns bisher. Der Krieg schafft sie uns jetzt. Fünfundsiebzig Jahre lang war das westpolitische Kleid, das Bismarck nach seinem Riesenmaß dem Reich angemessen, allen seinen Nachfolgern zu weit. Jetzt wird es endlich passend werden, weil nicht mehr ein Einzelner, sondern das ganze deutsche Volk hineinwächst. S. R.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 20. Mai. Am Bundesratsstisch: Staatssekretär Dr. Helfferich und Staatssekretär Dr. Richter, Dr. Caspar und Dr. Lewald. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 11.20 Uhr.

Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt. Zur Beratung gestellt wird eine eingegangene Resolution auf Herabsetzung der Schutzmaße zur Befreiung von Leder für Heeresgewebe. Vorgeschieden wurde, die Frage der Kriegereinsparnisse jetzt mitzubedenken, es wurde aber beschlossen, diese Frage bei dem Wohnungsmesse zu verhandeln.

Abg. Schiele (konf.): Die Unterstützung der Kriegsteilnehmer-Familien soll nicht vom kleinsten Standpunkte aus verteilt werden. Steuererleichterungen von den Unterstützungen abzuziehen, entspricht nicht dem Sinn und Geist dieser Einrichtung. Auch wir wünschen, daß die Sonntagsarbeit für jugendliche und weibliche Arbeiter möglichst eingeschränkt werde. Wohl der wichtigste Punkt des Lebenszustand ist der Ausbau unserer Handelsflotte. Bei Schaffung der nötigen Tonnage muß das Reich ausgiebig mithelfen. Eine Registrierung der deutschen Kriegsverluste im Ausland muß schließlich erfolgen. Die prahlerischen Worte des englischen Handelsministers, der den deutschen Handel zerstückeln und zerstückeln will, werden zerfallen an dem deutschen Gewerbesinn, deutscher Wissenschaft und Technik. Es müssen aber Vorkehrungen getroffen werden zum Schutze der Industrie gegenüber der Konkurrenz des Auslandes. Die Rohstoffversorgung muß planmäßig erfolgen. Wir sind dankbar dafür, daß der Kriegsausschuß die vorbereitenden Schritte auch für die Friedenszeit bereits eingeleitet hat.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: Bei den Millionen von Fällen der Kriegsunterstützungen sind gewisse Unstimmigkeiten erklärlich. Eine Aufrechnung der Kriegsunterstützung hat aber nicht stattgefunden. Der Industrie gebührt für die in die Millionen gehenden freiwilligen Kriegsunterstützungen wärmere Dank. (Beifall.)

Abg. Rumm (D. F.): Der Geburtenrückgang im Reich verlangt unsere lebhafteste Aufmerksamkeit. Immerhin haben wir es noch mit einem Bevölkerungszuwachs zu tun. Die Saluta durch Ausfuhr von Lebensmitteln haben zu wollen, ist die denkbar ungünstigste Methode. Man sollte an eine Zuzugausfuhr denken. Wenn die Frauenerwerbsarbeit zur Erzielung von Ersparnissen benutzt wird, so ist dies entschieden zu verurteilen. Da sollten die Beförderer einschreiten. Für gleiche Leistungen muß eine gleiche Entlohnung erfolgen. Das Nachbatterbot muß bestehen bleiben, zumal Meister und Gesellen darin einig sind. Auch die Reichswochenhilfe muß nach dem Kriege fortbestehen.

Das Mai-Paris und seine deutschen Freunde.

g. Wenn der Mai bei uns oft genug seine sehr unangenehmen Schatten- und Regenseiten hat, ist er in Frankreich meist ein wirklich warmer Monat. Man freut sich der Sonne, die in der Seinelandschaft oft ein so eigenartiges silbernes Licht verbreitet, man freut sich der Wärme, die noch nicht drückend ist und in Paris noch nicht jene Dünne und Gerüche entwickelt, die später den Gemüß der Sommerfrüher so tören. Man singt alte und neue französische Frühlingslieder, in denen jeder Vers von „amour“ wiederklingt. Die Sommertheater in den Champ-Elysees haben ihren Betrieb eröffnet und die großen Bühnen in der Stadt noch nicht geschlossen. Auf der Tafel prangen die unvergleichlich herrlichen Frühgemüse und Frühfrüchte — allen voran Spargel und Erdbeeren. Der weiße „petit vin“, der im Frühjahr bevorzugt wird, funktiert in den Gläsern und Männlein und Weiblein freuen sich ihres Daseins. Die Pariser Hochsaison bringt hunderten Tausende von Fremden nach der ehemaligen Weltstadt und diese Fremden lassen viel Geld an der Seine. Man hat berechnet, daß die ausländischen Paris-Besucher jährlich den Parisern eine Million Franken im Durchschnitt abliefern müssen. Die Waisage sind — woran hier besonders erinnert sei — auch Tage großer geschichtlicher Erinnerungen. Die großen drei Krieger des französischen Volkes haben alle ihre freund- oder vielmehr leidvollen Ehrentage im Mai. Jeanne d'Arc zog am 8. Mai 1429 in das endlich von den Engländern plattgemachte Orleans ein und die Erinnerung an dies Ereignis, das Jahrhunderte lang vergehen war, wird jetzt seit einigen Jahren wieder als — vorläufig nicht amtlicher — Nationalfeiertag feierlich begangen. Wahrscheinlich wird aber nun dem schon längst gestellten Parlamentsantrag auf Einsetzung des Jeanne d'Arc-Tages als offiziellen Staatsfeiertags stattgegeben werden. Am 23. Mai 1430 ist aber die arme „puelle“ gefangen genommen und am 30. Mai 1431 endete sie ihr junges Leben auf dem Scheiterhaufen. Die Franzosen, denen sonst Wit und Humor längt

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.-G.): Ich habe einige Zweifel, ob es dem Reichsamts des Innern gelingen wird, den Einzelstaaten beizubringen, was sie den Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer zu leisten haben. Es muß den Beteiligten der Beschränkungen eröffnet werden. Den Resolutionen stimmen wir zu mit Ausnahme der auf Unterstützung der Redereien. Zunächst müssen die Kriegsteilnehmer ausgiebig versorgt werden. Die Klagen über Verrohung der Jugend sind übertrieben. Die Verordnung über den Sparzwang verstoßt gegen die Gewerbeordnung, den Arbeiterschutz, die Reichsverfassung und den Grundsatz der Gerechtigkeit vor dem Gesetz, Vorenthaltung des Lohnes ist selbst nach dem Allen Testament und der Tragik des Parisis vom 17. Mai 1891 verboten. Der junge Mann muß zur Selbstständigkeit erzogen werden.

Abg. Schmidt-Meißner (Soz.): Das Nachbatterbot muß endgültig geregelt werden. Bei der Familienunterstützung sind noch mehrere Punkte zu regeln. Gehen die Seelen, die zum Beispiel in Amerika liegen müssen, auch als in die Hände der Feinde gefallen? Die Klagen über ungerechte Handhabung der Kriegsunterstützung wollen nicht verstummen. Die in letzter Zeit zunehmenden Ausweisungen unbemittelter Ausländer passen wenig zur Waffenbrüderlichkeit mit unseren Bundesgenossen. Weißt werden Oesterreicher, namentlich in Sachsen, betroffen.

Abg. Dr. Hige (Ztr.): Bei dem Sparzwang handelt es sich nicht um eine Lohnvorenthaltung. Eine reichsgesetzliche Regelung des Mutter- und Säuglingsurlaubes stehen wir sympathisch gegenüber. Für das Problem der Bevölkerungsstatistik, das unsere amtlichen Kreise ernsthaft beschäftigt, soll eine Kommission eingesetzt werden, wie für die Wohnungsfrage. Es handelt sich hier um die nationale Existenz unseres Volkes.

Abg. Jell (Ztr.): Dem im Felde stehenden Handwerker muß mit Kreditgewährung behilfen werden. In bitterer Not befinden sich auch die kleinen Hausbesitzer. Dankbar begrüßen wir die Zusage einer Unterstützung für notleidende Gewerbetreibende. Die Befreiung des Sparzwanges lehnen wir ab.

Abg. Brühne (Soz.): Will man einen Sparzwang einführen, muß man es auch bei den jugendlichen aus dem besseren Kreise, die mehr Lohn verdienen, als junge Arbeiter, tun. Unerbittlich ist es, daß Kriegsunterstützten Frauen Abzüge gemacht werden.

Abg. Wassermann (Natl.): Unser Antrag verlangt, daß die für die Kriegszeit eingeführte Bohnenhilfe weiterhin bestehen bleibt. Mit einer Kommissionsverhandlung der Frage sind wir einverstanden, ebenso mit der Einsetzung eines besonderen Ausschusses für die Frage der Bevölkerungsstatistik, dessen Besetzung mit 28 Mitgliedern ich beantrage. Wir müssen rechtzeitig dem Bevölkerungsrückgang steuern, da unsere Feinde hoffen, uns mit ihrer Zahl zu erdrücken. Die gelegentlichen Hinweise der Jugend auf die Gefahren der Geschlechtskrankheiten haben sich bewährt.

Abg. Stücken (Soz.): Die Beamten in den besetzten Gebieten beziehen neben ihren Heimatgehältern Tagelöhner bis zu 30 Mk. Bei der langen Kriegsdauer sollte ein prozentualer Zuschlag zum Heimatgehalt genügen. Die geplante Reform zeigt, wie nicht reformiert werden soll. Die geplanten Gehaltsätze sind noch viel zu hoch. Für die Unterstützung von Kriegsfamilien genügt die bisherige Höhe. Für die hier gezahlten Gehälter hat das deutsche Volk kein Verständnis. Bei den in der Seuchenbekämpfung großen Gefahren ausgelegten Verzeihen ist allerdings eine höhere Bezahlung angebracht. Ministerialdirektor Dr. Lewald: Aus den Mitteilungen der deutschen Steuerzahler wird kein roter Heller an die Beamten in den besetzten Landesteilen bezahlt. Diese Beamten unterstützen dem Generalgouverneur. Es ist keine Rede davon, daß die Herren ein glänzendes Geschäft machen. Wir haben anerkannt, daß bei der langen Kriegsdauer eine Neuregelung der Tagelöhner notwendig ist. Die Verwaltungschefs arbeiten

draußen mit einem Apparat, der eher zu klein als zu groß ist. Wir wirtschaften dort nach altpreussischen Grundätzen. Was dort geleistet worden ist, ist von den Neutralen bereits anerkannt worden.

Abg. Stadthagen (Soz. A.-G.): Im schreiendsten Gegensatz zu diesen Gehältern steht die Bezahlung der Arbeiter in den okkupierten Gebieten. Der Sparzwang trifft nicht nur die Jugendligen, sondern vernichtet das Verfügungsrecht der ganzen Familie.

Abg. Stücken (Soz.): Ich habe nicht gesagt, daß die Beamten draußen nichts leisten, aber nicht jede Arbeitskraft kann voll ausgenutzt werden. Daß unsere Verwaltung besser arbeitet als die russische, ist selbstverständlich.

Ministerialdirektor Dr. Lewald: In der heimatischen Presse ist der Vorwurf laut geworden, wir lebten auf Kosten der unterworfenen Völker. Die Art, wie die Russen in Galizien wirtschaftet haben, ahmen wir nicht nach. Auch die nach Polen berufenen Kommunalbeamten müssen größtenteils auf ihr Heimatgehalt verzichten. Die Beamten draußen können ihre Familien nicht bei sich haben. Die Familien müssen zu Hause wirtschaften und gebrauchen dazu das Heimatgehalt des Mannes. So hilft wie jetzt in Belgien noch niemals bewirtschaftet worden. Es erspart die Kosten für das Parlament (Weiterkeit), für 10 Minister, Gouverneure usw. Der Abg. Stücken unterbricht die Art der Arbeit unserer Beamten. Hierzu kommt, daß es keine teurere Stadt gibt, als Warschau, und daß die Beamten auch die Autorität des Reiches zu repräsentieren haben.

Abg. Haas (Baden) (F. Vp.): Mit aller Bestimmtheit ist zu sagen, daß der Beamtenapparat stellenweise zu klein ist. Es ist nicht so, daß wir herrlich und in Frieden leben. Die mittleren und unteren Beamten erhalten vielfach keine genügenden Gehälter.

Abg. Stücken (Soz.): Alles mit Maß und Ziel. Ich habe mich gegen die allzu hohen Gehälter gewandt, und daß sie zu hoch sind, geht daraus hervor, daß eine Reform geplant ist. Damit schließt die Debatte.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt. Weiterberatung: Montag den 22. Mai, 12 Uhr. Schluß nach 5 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Steuervorlagen.

Die Annahme der über die Reichsteuervorlagen aufhabe gefommene Verhandlung wird im Reichstage keinen Schwierigkeiten mehr begegnen. Der Gesamttrag errechnet man auf etwa 800 Millionen Mark, so daß für den Ausgleich der Anforderungen des laufenden Reichs eine bedeutende Deckung bereitgestellt sein wird, die der späteren Neuordnung unserer Finanzverhältnisse günstig vorarbeitet und die unwirtschaftliche Belastung der Anleihezinss aus dem Anleihen selbst vermeidet.

Aus Baden.

Hofbericht.

Karlsruhe, 20. Mai. Seine Kgl. Hoheit der Großherzog verabschiedete heute früh einen Ergänzungstrupp am Hauptbahnhof und Rangierbahnhof. Später nahm Se. Kgl. Hoheit die Vorträge des Geh. Legationsrats Dr. Seyd und des Geheimrats Dr. Strun. v. Babo entgegen.

Ihre Kgl. Hoheit die Großherzogin besuchte heute die Verbundenen in den Lazaretten in Sandhausen, Rofsbach und Neckargemünd.

Unsere Felder.

Das Eisenerz Kreuz erzielte: 2. Klasse: St. d. Ref. fädt. Sekretär Hof. *Geinrich von Karlsruhe, Hoff. d. R. Fritsch *Dieringer, Postassistent in Pforzheim, Hoff. Hans *Feuerstein von Hei-

delberg, Gren. fädt. Kontrolleur Fritsch *Selber von Baden-Baden, Hoff. Gustav *Fufer von Dinglingen, Hoff. d. R. Wilhelm *Dürhammer von Willingen, Hoff. d. R. Emil *Formingler von Furtwangen, Hoff. Postkammer Friedrich *Reicher von Weiskirch, Landst. Hof. *Schwarz von Radolfzell, Gefr. *Börg und Hoff. Kaufm. Oskar *Hoh von Konstanz.

Karlsruhe, 20. Mai. Unter dem Vorsitz des Geh. Rats Professor Dr. Gothein aus Heidelberg tagte heute im Budgetkommissionssaal der zweiten Kammer der Badischen Landstände die XXXIII. Finanzkommission der Badischen historischen Kommission. An dieser nahmen teil 14 ordentliche und 5 außerordentliche Mitglieder, sowie als Vertreter der Großherzoglichen Regierung der Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Hübsch, Geh. Oberregierungsrat Schwöerer und Ammann B e c h t.

u. Mannheim, 20. Mai. Der Stadtrat hat eine Erhöhung der Arbeitslosen-Unterstützung beschlossen und zwar für ledige Personen von bisher 70 auf 90 Pf. täglich, für ein Ehepaar von bisher 70 Pf. auf 1 Mk. 40 Pf. für ein Kind unter 15 Jahren von bisher 10 auf 20 Pf. täglich ohne Rücksicht auf die Zahl der Kinder. — Gegen den Vertreter und Vermittler der Arbeiter des Vermögens, der Vorstand der städtischen Lebensmittellages Direktor Dr. Bartsch habe im April einen Sad Mehl erhalten, wird Strafantrag wegen verleumdlicher Beschuldigung gestellt. — Die von der Warenabteilung des Lebensmittellages für die Zeit vom 27. September 1915 bis 30. Januar 1916 vorgelegte Bilanz hat, wie in der Stadtratssitzung mitgeteilt wurde, einen kleinen Ueberschuß ergeben, was mit Befriedigung zur Kenntnis genommen wurde.

Manheim, 20. Mai. Gestern abend wurden am Ufer des Weibers beim Rangierbahnhof in Rheinau Kleidungsstücke gefunden, deren Eigentümer beim Baden ertrunken ist. Die Leiche des Ertrunkenen konnte trotz Aufsuchens des Wassers bis jetzt nicht gefunden werden. — Eppelheim bei Heidelberg, 20. Mai. Der 77jährige Maurer Franz Wittmann n. kürzte von einem Weibchenbaum beim Einfernen von Raupennestern ab und zog sich so schwere innere Verletzungen zu, daß er starb.

× Weinheim, 20. Mai. Die Sammlungen für die Kriegsgeldende Deutsche Frauenbund haben im hiesigen Bezirk 4303 Mark ergeben. — Die Ausfuhr von Schlafröhren aus dem hiesigen Bezirk ist mit sofortiger Wirkung verboten worden.

— Niedbichingen, 18. Mai. Gestern früh 3 Uhr wurde, dem „Don. Tagbl.“ zufolge, von dem nachhabenden Unteroffizier der Grenzsicherungswehr verheiratete Landwirt Robert Schmidt erschossen. Bei dem Unglücklichen waren zwei Begleiter, die auf den Ruf des Postens stehen blieben, während Schmidt weiter gegangen war, was ihm zum Verhängnis wurde.

Aus dem Stadtkreise.

Die Kriegspeisung in Karlsruhe

wurde, wie gemeldet, am 11. Mai eröffnet. Man schreibt uns dazu noch folgendes: Das Essen wird in zwei Centralküchen zubereitet, eine befindet sich in der Städtischen Festhalle, die andere im Städtischen Krankenhaus; eine dritte wird im Städtischen Schlachthof eingerichtet. Im Krankenhaus werden vorläufig täglich bis zu 800 Ritter, in der Festhalle täglich bis zu 1200 Ritter Mittagessen für die Kriegspeisung gekocht. Es wird in beiden Küchen ein Mischgericht (Eintopfgericht), bestehend aus Kartoffeln, Gemüsen und Fleisch, zusammengestellt — an den Heilhöfen Tagen eine Teigtwarenarteventil, mit Obst u. a. — hergestell, dessen Selbstkosten sich voraussichtlich auf 35—40 Pf. der Portion stellen werden, das aber vorerst zum Preise von 25 Pf. für den Ritter abgegeben wird. Der Ueberschuss wird zunächst auf städtische Mittel übernommen. Der Betrieb der Küche in der Festhalle

ausgegangen sind, leisten sich die weltgeschichtliche Fronte, an diesen Feiertagen der Jungfrau von Orleans den englischen Denkern des lothringischen Hirtenmädchens ganz besonders inbrünstig zu huldigen. Jeanne, die gesendet war, die Engländer aus Frankreich hinauszutreiben und Paris von englischen Färsen zu befreien, muß heute als Nationalheiligtum mit ansehen, wie man am Pariser Denkmal Eduards VII. ihrer gedenkt und wie Engländer und Franzosen in hoher Schimpfgesellschaft aus der unverdrossenen Feindin der räuberischen „Gedons“ die Schutzpatronin geifernden Deutschensinn machen.

Auch Heinrich der Vierte gehört dem Mai an. Er ist doch in seinem geliebten Paris am 14. Mai 1610 ermordet worden. Den Lieblingen des franz. Volkes ist es eben nie ganz gut gegangen. An Heinrich IV. haben sich hinterher die Geschichtskritiker gemacht und aus dem Lebensfrohen, gutherzigen, edelmütigen Volksfreund einen kalten, schlaun, gewissenlosen Redner werden lassen. Aber die Franzosen glauben eben nicht an diese neuesten Geschichtskerrungen. Sie glauben an den Heinrich IV. der tausend Anekdoten, die jeder französische Dreifischsch genau kennt; sie glauben an den Mann, dem Paris eine Messe wert schien, an den Heinrich des Edikts von Nantes, an den ritterlichen Sieger in manchen Schlachten, an den Sänger heiterer und verklärter Chansons und an den leidenschaftlichen Freund der Frauen.

Nach ganz anderem Holz war der Mann geschnitten, der am 5. Mai 1821 auf der fernen St. Helena-Insel starb. Selbst die Republikaner verehren in diesem italienischen Korsen den größten Kriegsmann der Weltgeschichte und die stürmischste Erinnerung der französischen Vergangenheit. Er nahm den Franzosen die Freiheit, den Wohlstand, das Leben von hunderten Tausenden von Landeskindern; er knechtete das Volk — aber er gab ihm „alotie“ — und für „alotie“ würde sich Frankreich auch heute noch gar dem Teufel verschreiben oder sich einen Regentpasha auf den Nacken setzen lassen. Am Todestag des großen Urvaters beschließen selbst einen Deutschen im Invaliden-Ausschuß seltsame Gesühle. „Ich wünsche, daß meine Asche am Ufer der Seine ruhe,

inmitten dieses französischen Volkes, das ich so geliebt habe.“ Diesen Satz aus Napoleons Testament hat man als Inschrift an die Gruft angebracht, und jeder Franzose liest das mit entzückter Andacht, obwohl es mehr als zweifelhaft ist, daß Bonaparte diese Geuller wirklich geliebt hat, die er im Dienst seiner Majestät verbluten ließ. Konnte dieser menschenverachtende Uebermenschen überhaupt jemand lieben?

Vor dem Kriege war der Mai in Paris auch ein Stelldichein der Deutschen geworden. Der Zahl nach traten sie sogar von allen Gärten der großen Saison am stärksten auf, wenn sie ja auch meist nicht mit so großem Gelbbeutel ankamen wie die englischen wirklichen oder nachgemachten Lords, die Chitanger Schweinegeschlächter, die silberamantischen Expedienten, die russischen Bergungsfürsten. Von den Landesleuten kamen neun Zehntel mit der besten Absicht nach Paris, dort alles kritisch zu bewundern. Ein Zehntel dagegen schimpfte an allen Strapazen über die unglaubliche Zurückgebliebenheit, den Schmutz, die liederliche Wirtschaft in Paris. Im großen ganzen waren aber die „Bodes“ die andächtigen von allen Parisfahrern. Sie waren die einzigen, die sich mit ihrem ganzen deutschen Ernst während ihres Pariser Aufenthaltes auch in die Geschichte der Stadt Paris, in das Studium ihrer zahllosen Kunstschatze vertieften — und dabei doch nicht das lächerliche Paris bei Nacht vergaßen. Es hat uns oft amüsiert, die Landesleute von den Bonnen dieses Pariser Nachtlebens schwärmen zu hören, obwohl von Bonnen da wenig zu spüren und obwohl in den von Fremden besetzten Cafés, Restaurants, Bars, meist nichts französisch war als das Geld, das man dem Fremdling — allerdings sehr reichlich! — abnahm. Es ist wahr: Paris hatte ein Nachleben, wie es sonst keine Stadt der Welt kennt. Aber in dies wahre Paris hatte der durchreisende Fremde nie Gelegenheit einzudringen. Ebenso haben wir immer wieder unsere Landsmännchen bewundert, die in den Pariser Konfektionsgeschäften große Einkäufe machten, in dem frommen Glauben, etwas echt Pariserisches nach Hause zu bringen. Echl Pariserische Kleider und Hüte kosten aber Summen, die nur ganz maniacen deutschen Bürgerinnen zur

Verfügung stehen, und was man in Paris in den Preislagen zu kaufen bekam, die etwa den h o h e n deutschen Preislagen entsprechen, waren ganz einfache deutsche Erzeugnisse, die man zu Hause hätte billiger kaufen können — freilich auch nur ohne den eingebildeten Boulevard-Duft.

Es ist in letzter Zeit sowohl in Frankreich als in Deutschland viel davon gesprochen worden, sich wohl voraussichtlich nach dem Kriege einmal der geistlichen Verkehr zwischen den Nachbarn zu entwickeln wird. Insbesondere wendet sich da das Interesse der ehemaligen deutschen Kolonie in Westpreußen zu, die zahlreiche Vereine gebildet hat, protestantische und drei katholische Kirchen mit angeschlossenen Schulen, Hospizen, Gemeindefürsorge und „Heimen“. Zeitungen usw. unterteilt. Ganz in der Deputiertenkammer kam es vor einiger Zeit zu einer lebhaften Auseinandersetzung wegen dieser deutschen Kolonie in Paris. Die nationale Rechte beschwerte sich darüber, daß nach unklarer zahlreiche Deutsche in Paris und Umgebung auf freiem Fuß seien, die natürlich sämtlich dem Spionage lebten. Die Regierung konnte beweisen, daß die deutsche Kolonie bei Kriegsbeginn etwa 40 000 Mann stark gewesen sei, von denen sich ein Teil noch rechtzeitig aus dem Staube machen konnte, während die anderen in Sammellager gebracht sind. Frei seien nur heillosere Kranke oder sonst hilflose Personen und Leute, die ihre zuverlässige Spionage hätten beweisen können. Bei der Zählung von 1911 waren aber 103 000 Deutsche in Paris festgesetzt, die Nationalisten regten sich damals in gesundheitspolitischer Weise deshalb auf. Es wird heute schwer festzustellen sein, welches die richtigen Zahlen sind. 103 000 Reichsdeutsche waren sicher nicht in Paris ständig wohnhaft — aber mehr als 40 000 waren es ganz sicher auch. Vor dem Kriege 1870/71 hat die deutsche Kolonie überbezogen etwa gar 150 000 Mann und mehr betragen. In den siebenziger Jahren lebten nur wenig Deutsche in Paris, aber nach der Weltanschauung von 1878 kam die Kolonie wieder ins Wachen und war bei der späteren Weltanschauung von 1889 schon wieder ganz ansehnlich.

Wie wird das in Zukunft werden? Nach dem was man von der Stimmung in Paris hört und

Die Folgen des Weltkrieges für England.

(Von unserem Korrespondenten.)

a. Kopenhagen, 17. Mai.

Das in England die Kriegsmüdigkeit immer mehr um sich greift, wird jedem objektiven Beobachter englischer Stimmungen allmählich klar...

Die größte Gefahr bedeute aber für England das Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern; auf diesem Gebiete müßte man auf eine soziale Revolution gefaßt sein.

Diejenigen Personen, welche von einem „wirtschaftlichen Krieg nach dem Kriege“ reden und versprechen, daß sie Deutschlands Handel und Industrie den Todesstoß geben werden...

Die Russen auf den Alandsinseln.

Von R. Schumann-Fürstling.

Es war im Frühjahr 1900, wenige Monate nach dem ersten großen Erregung in Schweden über die Frage der Befestigung der Alandsinseln...

Man kann denn nicht auf russischem Boden? Das unangenehme Gefühl, das wohl manchen Schweden, der zum ersten Male die russische Grenze...

Irland.

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 20. Mai.

Amsterdam, 20. Mai. Birrells Zeugenaussagen vor der Untersuchungskommission über den Zustand in Irland enthalten, wie Reuters meldet, einige wichtige Ergänzungen...

Ueber die Revolution sagte Birrell, er habe von einer drohenden Bewegung in Irland gewußt, sei aber nach Besprechungen mit den nationalpolitischen Führern zu dem Schluß gelangt...

Auf eine Anfrage antwortete Birrell, daß die Entwaffnung, auf welche Weise sie auch ausgeführt werden möge, sicher zu Blutvergießen führen würde.

Der neue Bischof von Irland.

(Eigener Bericht.)

r. Von der schweizerischen Grenze, 20. Mai.

Lord Wimborne, der vor kurzem das Amt eines Bischofs von Irland niedergelagte, soll nach dem „Daily News“ neuerdings auf diesen Posten berufen werden.

Cafement.

Manchester, 20. Mai.

Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ betont, daß die Anklage gegen Sir Roger Cament sich nur auf die Handlungen beziehe, die er im Ausland begangen habe.

Washington, 20. Mai.

(Durch Funkpruch vom Vertreter des S. I. A.) Senator Kern brachte eine Resolution ein, in der der Staatssekretär aufgefordert wird, eine Untersuchung anzustellen über die Sicherheit und das Wohlbefinden der amerikanischen Bürger in Irland...

Um Verdun.

Zu den Angriffen auf das französische Oberkommando.

(Eigener Bericht.)

r. Von der schweizerischen Grenze, 20. Mai.

Während die französische Besatzung in der Pariser Presse alle Erörterungen über die neuesten Angriffe auf das französische Oberkommando unterdrückt, hat sie merkwürdigerweise einen Bericht des Pariser Korrespondenten des „Corriere della Sera“...

Im Laufe des Monats Februar hat die französische Heeresleitung eine außerordentliche Geschäftigkeit hinter den deutschen Linien festgestellt, die besonders im Abschnitt von Verdun deutlicher hervortrat.

Der Angriff vor Verdun ist aber bereits weiter fortgeschritten, und auch diese neue Tatsache bestätigt uns den Besitz des Südrückenganges der Höhe 304.

seiten jedoch während des ununterbrochenen Bombardements mit allen Abschnittskommandanten der Front in Verbindung zu gelangen, verhinderten, die Gegenbefehle des Generals Castelnau noch überall rechtzeitig zur Kenntnis zu bringen.

Auf diese Weise, so sagt der Korrespondent, sei es den Deutschen gelungen, Douaumont zu nehmen, weil die Belagerung auf Grund des ersten Rückzugsbefehls das Fort bereits geräumt gehabt hätte.

Die Erstürmung der Linie Haucourt-Esnes.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

Während in Etrol bedeutende und erfreuliche Ereignisse zu verzeichnen sind, haben unsere Truppen vor Verdun weitere Fortschritte gemacht, aus denen sich ergibt, wie unumkehrbar hier der Druck unserer Truppen ist.

Der Angriff vor Verdun ist aber bereits weiter fortgeschritten, und auch diese neue Tatsache bestätigt uns den Besitz des Südrückenganges der Höhe 304.

Nun wurde dieser Erfolg nach dem letzten Generalstabbericht beträchtlich ausgebaut. Die Gräben an der Linie Haucourt-Esnes wurden erstickt und eine beträchtliche Anzahl von Gefangenen wurde gemacht.

Der gestrige Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 20. Mai, vor- mittags. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

In den Argonnen drangen deutsche Pa- tronillen nach eigenen Sprengungen bis in die zweite feindliche Linie vor. Sie stellten beim Feinde starke Verluste an Toten fest und führten mit einigen Gefangenen zurück.

Gegen unsere neu gewonnenen Stellungen bei- derseits der Straße Hancock—Esnes wie- derholt gerichtete Angriffe wurden wiederum glatt abgewiesen.

Fünf feindliche Flugzeuge wurden abge- schossen und zwar eines durch Infanteries- fener südlich von Bailly, die anderen vier im Luftkampf bei Andreville, am Südrand des Heffenwaldes, bei Voocourt und dicht östlich von Verdun.

Unsere Flieger griffen feindliche Schiffe an der Landrücken Küste, Unter- tunktsorte, Flughäfen und Bahnhöfe bei Din- fichen, St. Pol, Dixmude, Poperinghe, Amiens, Ghelans und Snappes mit Erfolg an.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

In der Gegend von Smirgen brachte ein deutscher Flieger nach Luftkampf ein russisches Flugzeug zum Absturz.

Balkanriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse. Oberste Heeresleitung.

Friedensbestrebungen.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Amsterdam, 20. Mai. In London eingetrof- sene Privatmeldungen aus Madrid sprechen von Verhandlungen, die zwischen dem Papst und König Alfons einerseits und dem Papst und Wilson andererseits zur Herbei- führung eines Friedens geführt würden. Das Hauptziel dieser Bestrebungen sei zunächst, die Mächte zu einem Waffenstillstand zu veranlassen, während dessen dann die Verhand- lungen eingeleitet werden sollen. König Alfons sei der Überzeugung, daß ein Waffenstillstand über den Frieden herbeiführen werde, da es jeder der kriegführenden Parteien unmöglich sei, die Streitigkeiten wieder aufzunehmen.

Amsterdam, 20. Mai. (Eig. Drahtber.) Einem diesigen Blatte zufolge melden die „Times“ aus Washington, daß Wilson die Einladung angenommen habe, im Laufe der kommenden Woche auf einer Versammlung des Friedens- bundes, dem auch Taft angehört, zu spre- chen. (W.B.)

Der Lügner Grey.

Berlin, 19. Mai. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Nach einer Neutermel- dung hat der englische Minister Grey im Unterhause mit- geteilt, der Vatikan habe in Deutschland Vorstellungen erhoben, um Deutschland zum Aufgeben des Unterseebootkrieges zu be- wegen. Diese Mitteilung entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Vielmehr hat der Papst, wie wir von zuverlässiger Seite hören, Deutschland und den Vereinigten Staaten seine Vereinnahmung zu er- kennen gegeben, in der Streitfrage zwischen den beiden Regierungen zu vermitteln. Er weist die Kaiser hat dem Papst unter Hinweis auf die inzwischen bereits an Amerika erteilte Antwort für die guten Absichten gedankt.

Newyork, 20. Mai. (Durch Funkpruch vom Ver- treter des W.L.B.) Wie die „Associated Press“ aus Washington meldet, hat Wilson auf das ihm kürzlich vom Papst zugegangene Schreiben ge- antwortet. Die offiziellen Stellen im Weißen Hause lehnen es ab, sich in Erörterungen über das Schreiben des Papstes oder Wilsons einzulassen, jedoch wird in anderen Kreisen bestimmt an- genommen, daß der Schriftenaustausch nur ent- fernt etwas mit der Frage des Friedens in Europa zu tun habe. Wie verlautet, hat Wilson in dem Papst davon in Kenntnis gesetzt, daß er eifrig darauf bedacht sei, die Vereinigten Staaten nicht in den Krieg hineinzuziehen zu lassen und daß er sein Möglichstes tun werde, soweit es mit der Ehre und dem Rechte der Vereinigten Staaten ver- einbar sei. (W.B.)

Englische Niedertracht.

Newyork, 20. Mai. (Durch Funkpruch des Ver- treters des W.L.B.) „Newyork American“ erzählt eine Geschichte über die verwerfliche Art des Vorgehens des britischen Geheimdienstes. Danach heißt es, daß der britische Marine- attaché Kapitän Gault, einen Lauffänger ver- leitet hat, seinem Arbeitgeber, dem Dr. Führ, einem ehemaligen deutschen Beamten, der jetzt ein Uebersetzungsbüro leitet, Briefe zu schreiben. (W.B.)

Das alte Lied.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 20. Mai. (Neuer.) Bei einem Bankett zu Ehren der russischen Parlamentarier im Mansion-House sagte Grey in einem Trinkspruch auf die Gäste: Der Feind sucht dadurch Zwietracht und Mißtrauen unter die Verbündeten zu säen, daß zu verstehen gegeben wird, die Verbündeten seien tatsächlich nicht einig über ihre Ziele. Das ist absolut unwahr. (Beifall.) Die gemeinsame Gefahr, die gemeinsame Sache und die gemeinsame Anstrengung werden uns bei Aufstellung der Friedensbedingungen ebenso vereint finden, wie bei der Durchführung des Kampfes. (Cauter Beifall.) Ich hoffe, unsere russischen Freunde haben genug gesehen, um zur Ueberzeu- gung gelangt zu sein, daß wir hinter keinem un- serer Verbündeten zurückstehen werden, wenn es gilt, das Ueberreste für den Krieg zu tun, ob es sich nun darum handelt, Männer für die Armee und Flotte zu beschaffen, oder für die materiellen Mittel für die gemeinsame Sache Sorge zu tragen. (W.B.)

Rußlands Finanzmisere.

(Eigener Bericht.)

5. Von der schweizerischen Grenze, 20. Mai. Die russische Finanzalamität illustriert der folgende Bericht der „Basl. Nachr.“ aus Petersburg: „Die Zeichnungsfrist auf die neue Kriegs-

anleihe, die bekanntlich unmittelbar einer andern folgte, ist bis 1. Juli verlängert worden. Das Ergebnis wird jenes der letzten Anleihe, das mit 1900 Millionen Rubel effektiver Zeichnungen sehr zu wünschen übrig ließ, nicht erreichen. Viele Großbanken haben nur Zeich- nungen von 2-3 Millionen Rubel zusammen- gebracht, während in Finanzkreisen mit etwa 40 bis 50 Millionen geredet wurde. Dabei war eine große Neklame für die Zeichnungen entfaltet worden. Bemerkenswert ist die Feststellung der „Kowoje Wremja“, daß beim Kredit Lyonnais in Frankreich bis jetzt nur 300 000 Rubel auf die neue Anleihe von Franzosen gezeichnet worden ist.“ (Zent. Abz.)

Die Alandinseln.

(Eigener Drahtbericht.)

1. Köln, 20. Mai. Die „Köln. Zig.“ meldet aus Kopenhagen: Ein Stockholmer Telegramm der Zeitung „Aftonbladet“ erklärt, die Verhältnisse auf den Alandinseln seien ganz un- leidlich geworden. Die Bevölkerung werde gezwungen, an den Befestigungsarbeiten teilzunehmen. Täglich werden über 1000 Pferde zur Beförderung von Kriegsmaterial ge- fordert, ohne daß dafür ein Entgelt gegeben wird. Die Fischer leiden noch mehr, indem sie nur in stark begrenzten Gebieten fischen dürfen und mit einem Paß versehen sein müssen.

London, 20. Mai. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Telegraph“ meldet, die englisch-französi- schen Vorschläge, denen Rußland zuge- stimmt hat, daß die Befestigungen auf den A- landinseln nach dem Kriege geschleift werden würden, hätten die Befürchtungen, die man in Schweden gehabt hat, aus dem Wege geräumt. Die unmittelbare Folge würde die Aufhebung der Einschränkung bei der Ausfüh- rung schwedischer Papiermassen sein. (W.B.)

Frankreich.

Weitere Heeresstellungen.

Paris, 20. Mai. Die zurückgestellten von den Jahresklassen 1913-1917, sowie die ehemaligen Besetzten der Jahresklassen 1915-1917, welche von den jetzigen Unter- suchungskommissionen für tauglich erklärt worden sind, werden unter denselben Sonder- bestimmungen für Ernährung, Unterbringung und Ausbildung wie die Jahresklasse 1917 Mitte Juli eingestellt. (W.B.)

Wechsel des französischen Gesandten in Rumänien.

(Eigener Drahtbericht.)

Bukarest, 20. Mai. Der französische Gesandte Blondel wird, wie die Blätter melden, auf eigenes Ansinnen abberufen werden.

Paris, 20. Mai. Nach dem „Journal“ ist St. Aulaire als Nachfolger von Blondel zum französischen Gesandten in Bukarest ernannt worden. (W.B.)

Die Verlegung von Cadornas Hauptquartier.

2. Von der schweizerischen Grenze, 20. Mai. (Eigener Bericht.) Zur Verlegung von Ca- dornas Hauptquartier in den Abschnitt von Arzier bemerkt der militärische Mitarbeiter der „Basler Nachr.“: „Es bleibe dahin gestellt, ob es zweckmäßig ist, daß sich die oberste Leitung in den Eindrücken einer Deklamation ausstößt und des- halb nur schwer den Ueberblick über das Ganze behalten kann. In der heutigen Führung hat die oberste Leitung so nahe der Front nichts zu tun. Dort können nur die Unterführer wirksam ein- greifen.“ (Zent. Abz.)

Griechenland.

Athen, 20. Mai. (Eig. Drahtbericht.) (Ver- spätet eingetroffen.) Aus Saloniki wird gemel- det: Die französischen Militärbehörden haben von dem Kommandeur des griechischen Regiments, welches den Abschnitt von Parcia be- setzt hatte, dessen sofortige Räumung verlangt. Der griechische Offizier weigerte sich jedoch, da er von seinen Vorgesetzten keinen Befehl er- halten hatte. (W.B.)

Der Vormarsch der Russen nach dem Persischen Golf.

(Eigener Drahtbericht.)

1. Berlin, 20. Mai.

Die jetzt eingetroffenen anglo-indischen Blätter enthalten einen der Gründe, weshalb England den Vormarsch der Russen nach dem Persischen Golf keinen Widerstand entgegensetzt. Der Haupt- grund ist natürlich, wie an dieser Stelle des öfteren betont wurde, die Ohnmacht Englands, sich dem persischen Vormarsch über die neutrale persische Zone hinaus zu widersetzen und die Erkenntnis, daß Rußland nur durch Konzes- sionen in Persien zur Weiterführung des Krieges zu bewegen ist. Aber die anglo-indischen Wä- ter deuten noch einen weiteren Grund an. Sie enthalten nämlich begeisterte Berichte über die russischen Erfolge in Persien und in der östlichen asiatischen Türkei. Dadurch soll den politischen Führern der Indier zu verstehen gegeben werden, daß sie auf Hilfe von dem Oberhaupt der Mohammedaner nicht zu rechnen hätten.

Die Engländer sind von jeder Meißer in der politischen Berechnung gewesen, und so schäben sie denn den russischen Vormarsch in Persien gerin- ger ein, als die Gefahr, daß die indischen Auf- standsbewegungen von Persien und Afghanistan her genährt werden. Die russischen Erfolge in Persien stellen offenbar nach englischer Auffassung ein Gegengewicht gegen die Niederlagen der Engländer in Mesopotamien dar. Der Vormarsch soll wohl auch den Emir von Afghanistan in Schach halten. Der Herrscher dieses Landes, das die Engländer von jeher als den Schlüssel von Indien angesehen haben, verfügt über ein statt- liches modernes Heer, sowie über eine eigene Waffenfabrik; er könnte die indische Bewegung stark beeinflussen. Der Emir wurde vor dem Kriege von Rußland wie von England umwor- ben, Rußland versprach ihm in der Zeit des eng- lich-russischen Gegenstandes Teile von Indien, aber der Emir verhielt sich gegen beide Mächte ablehnend, er dachte an das bekannte Wort sei- nes Vaters Abdurrahman, der sein Verhältnis zu Rußland und England mit den Worten be-

zeichnete: „Der schwarze und der weiße Hund sind eben beides Hunde.“

Die Engländer hoffen, daß der Vormarsch der Russen in Persien Afghanistan wie auch die indi- schen Reformer, deren Position durch den Fried- ensschluß zwischen Mohammedanern und Hin- dus erheblich verhärtet worden ist, niederhalten werde. Wahrscheinlich ist auch auf diese Hoffnun- gen hin der Entschluß der englischen Regierung zurückzuführen, die den Indiern am Beginn des Krieges in Aussicht gestellten Reformen für die Zeit nach dem Kriege zu verschieben. Für alle Fälle freilich hat England neuerdings die eng- lischen Besatzungen in Indien verhärtet, während alle einberufenen indischen Truppen sich auf den europäischen Kriegsschauplatz verbluten.

Der libanische Bericht.

Konstantinopel, 20. Mai. (Amtlicher Bericht des Hauptquartiers.) An der Front nichts Neues.

An der Kaukasusfront hat unsere Artillerie auf dem rechten Flügel feindliche Lager un- ter wirksamer Feuer genommen. Derliche Feuer- kämpfe, Schärmitzel und Patronen in der Mitte und auf dem linken Flügel.

Zwei feindliche Flugzeuge, die von Tenedos kommend die Meerenge überflogen, wurden durch unser Feuer vertrieben. In den Gewässern von Smyrna schossen zwei feind- liche Kriegsschiffe einige Granaten auf gewisse Derlichleiten und zogen sich dann zurück. Im übrigen nichts von Bedeutung. (W.B.)

Japanische Marineoffiziere wegen Kriegsverrats verhaftet.

(Eigener Bericht.)

2. Von der schweizerischen Grenze, 20. Mai. Schweizer Blätter melden aus Tokio, daß auf dem japanischen Kreuzer „Tosima“ mehrere Offiziere, darunter der stellvertre- tende Kommandant, wegen Auslieferung von Geheimdokumenten an eine fremde Macht in Haft genommen worden seien. (Zent. Abz.)

Die Vereinigten Staaten und Mexiko.

Newyork, 20. Mai. (Meldg. des Reuterschen Bittros.) 800 amerikanische Kavalleris- ten sind aus Mexiko in Neu-Mexiko an- gekommen. Sie sind die ersten, die seit Entfen- dung der Strafexpedition vor 9 Wochen zurück- gezogen wurden. (W.B.)

Der Seekrieg.

„Tubantia“.

Haag, 19. Mai. Das holländische Ma- rineministerium teilt mit: Die Unterredun- gen des Kapitänlieutenants zur See Canters in Berlin über die Ursache des Unterganges des niederländischen Dampfschiffes „Tubantia“ haben nicht zu einem abschließenden Ergebnis ge- führt. Nach der Untersuchung der Metallstücke, die in den Schaluppen der „Tubantia“ gefunden wor- den, erkannte die deutsche Admiralität an, daß diese von einem deutschen Torpedobehälter, das zur Bewaffnung eines deutschen Unterseebootes ge- hörte. Der Kommandant dieses Bootes jedoch er- klärte, daß das Torpedo nicht am 16. März gegen die „Tubantia“, sondern bereits am 6. März ge- gen ein britisches Kriegsschiff lau- chiert wurde, jedoch nicht traf. Die niederländische Regierung wird Schritte tun, um auf eine ein- gehendere Untersuchung anzudringen, um vollstän- dige Klarheit über den Vorfall mit der „Tubantia“ zu erhalten. (Es sei bemerkt, daß die gefundenen Me- tallstücke Nummern trugen, woraus zu erkennen war, um welches Torpedo es sich handele.) (Zent. Abz.)

(Wir haben bereits gestern eine ähnliche, vom Hollischen Tel. verbreitete Meldung gebracht. In dieser war aber, wohl infolge eines Hörfehlers bei der Uebersetzung, als Zeitpunkt des Abschuß- ses des deutschen Torpedos gegen ein englisches Kriegsschiff der 16. März an- gegeben, während dies bereits am 6. März ge- schah. Wir stellen den Irrtum deshalb richtig, weil aus der fehlerhaften Meldung der Schluß gezogen werden könnte, als sei die am 16. März erfolgte Torpedierung der „Tubantia“ doch auf einen deut- schen Torpedo zurückzuführen, der, nachdem er das britische Kriegsschiff verfehlt, zufällig die „Tuban- tia“ getroffen habe. Die Neb.)

Flaggenmißbrauch eines englischen U-Boots.

Helsingborg, 19. Mai. Der deutsche Dampfer „Trave“ wurde gestern abend um 9.30 Uhr auf der Höhe von Kullen von einem englischen Unterseeboot beschossen, torpediert und versenkt. Die Besatzung von 17 Mann ist gerettet. Das englische Unterseeboot hat sich dabei eines Flaggenmißbrauches schuldig gemacht, indem es die deutsche Kriegs- flagge hieß, um den Dampfer aus den schwe- dischen Hoheitsgewässern herauszuloden. (W.B.)

Rußland torpediert deutsche Dampfer ohne Warnung.

Stockholm, 20. Mai. Die ententefreundliche schwedische Zeitung „Sozialdemokraten“ schreibt über die Torpedierung der drei deut- schen Kohlendampfer: Die rückwärts- losen Torpedierung ohne vorherige Warnung, die infolgedessen mit Opfern an Menschenleben verbunden ist, hat nahe un- sere Klüften stattgefunden. Diesmal waren es russische Unterseeboote, welche die von der ganzen zivilisierten Menschheit verurteilten Methoden angewandt haben. Die gewaltige Ent- rüstung, die derartige Ereignisse immer in den Orientländern hervorgerufen haben und die lebhafte Zustimmung zu den Forderungen des Prä- sidenten Wilson nach einer menschlichen Krieg- führung, die zwischen Kämpfern und Nichtkämp- fern unterscheidet, legt bestimmte Verpflichtun- gen auf. (W.B.)

Die Vereinigten Staaten und England.

Newyork, 20. Mai. (Durch Funkpruch vom Vertreter des W.L.B.) Wie eine Depesche der „Evening Post“ aus Washington meldet, ist das Verlangen nach einem Einfreit- ten gegen die ungelegliche Blockade der Alliierten täglich im Wachsen. Es

sei klar, daß der Zeitpunkt herannahe, an dem die britische Eingreifen in den neutralen Handel einer Krise treiben müsse. Die von „Spring- field Republican“ ausgesprochene Ansicht, daß ein Friedensschluß den diplomatischen Streit mit England vermeiden könne, wird hier von einer großen Anzahl einflussreicher Per- sönlichkeiten geteilt. Im Kongress sei die Erzen- gung über die Unfähigkeit der Regierung in der Blockadefrage im Wachsen begriffen. Das ge- gegenkommen Deutschlands in dem Unterseeboot- freit habe die Aufmerksamkeit über eine Ueber- anderlegung mit England mehr als früher in den Brennpunkt gerückt. (W.B.)

Newyork, 17. Mai. (Durch Funkpruch vom Vertreter des W.L.B.) Die den Alliierten treu- lich gestimmte „Newyork Tribune“ bespricht die vor- stehende amerikanische Note an England und sagt, die Verhütung, England in selbstloser Weise für Belgien und die Menschlichkeit, werde von einem großen Teil der Bevölkerung, namentlich von den Frische und den Deutsch-Amerikanern, sowie von den Amerikanern revolutionärer Anschauung, als großen Teil, weil sie die deutsche Angelegen- heit für geregelt betrachten und deshalb darauf beständen, daß jetzt England an der Reihe sei. Englands Freunde haben voran, wenn Deutschland jetzt auch nur einen Schritt von Vernunft zeige, die Gefahr einer Ueber- wältigung mit England entfallen würde, weil nicht genug Sympathie für Großbritannien vorhanden ist, um amerikanische Rechte anzu- geben. Das jetzt geschieht, würde schon im Fe- bruar 1915 eingetreten sein, wenn Deutschland nicht auf einer Unterseebootspolitik bestanden hätte. Jetzt hat sich diese Frage infolge der briti- schen Gebirgung und infolge der Hinrichtung der irischen Aufständischen noch ver- schärft, die eine Strömung im Volk erweckt hat, die eine Unterstützung der britischen Politik bei dem Angriff auf die britischen Untersee- boote Anerkennung dafür, daß es die wirklich be- deutendste englischfeindliche Stimmung in Ame- rika zu seinem Vorteil ausnütze. (W.B.)

London, 20. Mai. „Morning Post“ meldet aus Washington vom 17. Mai: „Lan- gley“ wird von den Deutsch-Amerikanern und ihren Freunden heftig angegriffen. Sie er- klären es für politischen Selbstmord, weil die Re- gierung nicht gegen die englische Blockade- politik vorgehen wolle. Wenn der Präsident das geringste Interesse an seiner Wiederwahl habe, so solle er Lanfing entlassen. Der Korrespondent sagt weiter, im Kabinett habe es stets ein deut- liches Element gegeben, das aber während der Wahl war und nur aus wenig einflussreichen Mit- gliedern bestand. Diese wissen ganz genau, daß sie fallen Wahlkreise die demokratischen Kandidaten bei den Kongresswahlen von den Deutschen trenn bekämpft werden. (W.B.)

Letzte Nachrichten.

Delbrücks Nachfolge.

Berlin, 20. Mai. Der Kaiser ist heute in Berlin eingetroffen, und nun werden durch den Rücktritt des Staatssekretärs Delbrück veranlaßte Personalfragen über- schieden und auch die letzten Beschlüsse für die Schaffung einer Zentralinstanz für die Lebensmittelversorgung geklärt. Der Bundesrat dürfte die „Zent. Abz.“ am Montag darüber endgültig beschließen.

Staatssekretär Dr. Delbrück, der nach dem Uebertritt, wird dort, wenn seine Gesundheits- lage gebessert hat, auch staatswissenschaftliche Vor- lesungen an der Universität halten.

Berlin, 20. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der Kaiser hat heute nachmittags 6 Uhr den Reichskanzler zu einem längeren Vortrag empfangen. (W.B.)

Die Lebensmittelversorgung.

Berlin, 20. Mai. In parlamentarischen Kreisen verlautet, der „Frankf. Zig.“ zufolge, daß die Ver- ordnung über die Organisation der Lebens- mittelversorgung, die dem Bundesrat zur Be- ratung vorgelegt ist, in einem sogenannten Er- mittlungsgesetz besteht, das dem Reichstagen die Befugnis gibt, alle Lebensmittel- und Be- weismittel samt den dazugehörigen Rohstoffen in be- ständiger Lagnahme zu unterziehen, und die Preise dafür zu regeln.

Alle Verwaltungsbehörden im Reich haben den darauf bezüglichen Befehlen des Reichs- raten Folge zu leisten. Der Kanzler wird ermäch- tigt, die Befugnisse einer neuen Behörde zu übertragen und deren Einrichtung und In- tenfischung zu bestimmen.

Vom Wetter.

Wetterbericht des Zentralbureau für Meteorologie und Hydrographie vom 20. Mai 1916.

Vorausichtliche Witterung am 21. Mai 1916. Keine wesentliche Aenderung.

Witterungsbeobachtungen d. Meteorolog. Stat. an Karlsruher Observatorium.

Wasserstand des Rheins vom 20. Mai 1916. Schifferinsel 230, gefall. 2. Reu 318, gefallen 4. Maxau 475, gefall. 4. Mannheim 395, gefallen 2.

Nervosität - Überarbeitung Schlaflosigkeit werden am besten bekämpft durch Neolecithin - Pillen - mit Blutsalzen Hauptniederl.: Internationales Apotheke Karlsruhe „Alte Sachs'sche Apotheke“.